

Bericht

des Finanzausschusses

über die Regierungsvorlage (1391 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Haftungsübernahme für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial (EUROFIMA-Gesetz) geändert wird

Mit dem vorliegenden Entwurf sollen die erforderlichen Investitionen der ÖBB-Holding AG und ihrer Konzerngesellschaften für Rollmaterial (Triebfahrzeuge, Reisezugwagen und Güterwagen), die insbesondere aufgrund der EU-Osterweiterung in den nächsten Jahren zu tätigen sein werden, seitens des Bundes in der Form unterstützt werden, dass der Haftungsrahmen für abkommensgemäße Finanzierungen durch die Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial (EUROFIMA) erhöht wird. Die vorgeschlagene Regelung ist mit den beihilferechtlichen Vorschriften der EU vereinbar, weil für diese Haftungsübernahmen ein angemessenes Haftungsentgelt verrechnet wird. Finanzierungen und Haftungsübernahmen von Gebietskörperschaften sind von den vergaberechtlichen Bestimmungen der EU ausgenommen.

Der Finanzausschuss hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 4. Mai 2006 in Verhandlung genommen. Den Bericht im Ausschuss erstattete der Abgeordnete Walter **Murauer**. An der weiteren Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Christoph **Matznetter**, Dr. Werner **Fasslabend**, Dkfm. Dr. Hannes **Bauer**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Walter **Tancsits**, Dr. Reinhold **Mitterlehner**, Ing. Hermann **Schultes**, Mag. Johann **Moser**, Jakob **Auer**, Dipl.-Ing. Thomas **Prinzhorn**, Dr. Gertrude **Bri- nek**, Detlev **Neudeck** und Wolfgang **Katzian** sowie der Ausschussobmann Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll** und der Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Alfred **Finz**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Regierungsvorlage enthaltene Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1391 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2006 05 04

Franz Glaser
Berichterstatte

Dkfm. Dr. Günter Stummvoll
Obmann